DIE LINKE. Sachsen
Landesvorstand

B 6 – 170

Kommunalwahlen 2019 - inhaltliche Schwerpunkt
Beschluss aus der Landesvorstandssitzung vom 7. Dezember 2018

Beschlüsse:

1. Der Landesvorstand fordert die Orts- und Kreisverbände auf eigene Themen, Schwerpunkte und Wahlprogramme für die Kommunalwahlen zu erstellen.

2. Der Landesvorstand beschließt die Punkte "Kommune von LINKS gedacht – 12 Wege für attraktive Kommunen".

3. Der Landesvorstand legt die drei Schwerpunkte für die Kommunalwahlen 2019 fest.

Anlagen: Kommune von LINKS gedacht – 12 Wege für attraktive Kommunen

politische Botschaft: -

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit: Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de) Social media, Pressemitteilung, Rundmail an alle Mitglieder, irgendetwas auf Papier:)

Die Vorlage wurde teilweise abgestimmt mit: MdL Marco Böhme, MdL Susanne Schaper,

Den Beschluss sollen erhalten: Landesvorstandsmitglieder/ Landesratsmitglieder/ Kreisvorsitzende/ Kreisgeschäftsführer*innen/ Ortsvorsitzende/ sächsische Mitglieder im Bundesausschuss/ Pressesprecher und Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag/ Landesparteitagsdelegierte/ sächsische Bundesparteitagsdelegierte/ Sprecher*innen der Landesweiten Zusammenschlüsse/ Abgeordnete im Europaparlament, Bundestag und Landtag/ sächsische Parteivorstandsmitglieder/ Regionalmitarbeiter*innen der Landtags- und Bundestagsfraktion/ Mitarbeiter*innen Landesgeschäftsstelle/ Jugendkoordinator*in/ Landesinklusionsbeauftragte*r

Abstimmungsergebnis:
Bei einer Enthaltung angenommen.

f.d.R.

Radebeul, 7. Dezember 2019

Thomas Dudzak - Landesgeschäftsführer

Kommune von LINKS gedacht – 12 Wege für attraktive Kommunen

1. Für finanziell starke Kommunen!

Kommunen sollen selber über ihre Finanzen entscheiden können. Dies können viele aber nicht mehr, weil die Finanzierung sowie die Gesetze von Bund und Land sie in zu starre Korsette zwängen. Hier muss endlich eine Kehrtwende her. Zu mehr Selbstverwaltung und Selbstbestimmung in finanziellen Fragen. Denn die Bürgermeister und Gemeinderät*innen wissen am besten, ob gerade die Sanierung der Straße oder Kita bei ihnen vor Ort wichtiger ist und nicht der Sachbearbeiter XY in der Landesbehörde.

2. Für demokratische Kommunen!

Die Bürger*innen heute wollen nicht nur aller vier bis fünf Jahre ein Kreuz bei der Wahl machen. Sie wollen grundsätzlich mitbestimmen, wie sich ihre Kommune entwickelt. Und das sollten sie auch. Nur durch Transparenz und Teilhabe schafft man es die Bevölkerung in allen Belangen mitzunehmen. Bürgerentscheide, Bürgerhaushalte, Fragestunden, Einwohnerversammlungen – es gibt genügend Werkzeug für Bürgerbeteiligung. Und diese sollten von Anfang an genutzt werden.

3. Für soziale Kommunen!

Sozialgesetze sind meistens Bundesgesetze. Die Kommunen haben da wenig Spielraum. Den, den sie aber haben, muss man bis zum Maximum ausreizen. Sozialtickets, günstigere Eintrittspreise bis zum kostenlosen Zutritt für Freizeit- und Bildungseinrichtungen für finanziell Schwache, die Einrichtung von Begegnungsstätten, KdU-Richtlinien die es ermöglichen das Menschen in ihren Wohnungen verbleiben können – alles Maßnahmen, die Kommunen umsetzen sollten, damit alle Menschen an der Gesellschaft teilhaben können.

4. Für jugendgerechte Kommunen!

Kommunen müssen auch attraktiv für junge Menschen von 0 bis 27 Jahren sein. Dazu gehört neben einer breiten Vielfalt an Angeboten von Freizeit-, Kultur- und Sporteinrichtungen auch die Teilhabe an der Entwicklung der Stadt. Denn auch Kinder und Jugendliche haben Wünsche, Sorgen, Ideen für ihre Gemeinde. Kinder und Jugendliche sind an allen sie betreffenden Entscheidungen mit einzubeziehen. Die kann zum Beispiel, durch die Einrichtung eines Jugendparlaments, regelmäßige Beteiligungsangebote oder einen Jugendfonds, wo junge Menschen ihre eigenen Projektideen verwirklichen können, passieren. Das Motto jeder Kommune sollte lauten „Kinder an die Macht!“

5. Für mobile Kommunen!

Mobilität ist nicht nur Straßenverkehr. Dazu gehört auch ein ausreichendes und sicheres Netz an Rad- und Fußwegen sowie ein guter öffentlicher Nahverkehr, der nicht nur zweimal am Tag durch das Dorf fährt. Denn nur durch ein breites Angebot an Bus- und Bahn lassen die Menschen ihr Auto stehen.
Wir setzen uns für mehr verkehrsberuhigte Bereiche meist in Wohngebieten, zunehmend aber auch in Erschließungsstraßen und Geschäftsbereichen ein. Auch hier haben Kinder Vorfahrt und die Wohn- und Aufenthaltsqualität wird sich deutlich verbessern und durch geringe Geschwindigkeiten die Verkehrssicherheit erhöhen.

6. Für bildungsreiche Kommunen!

Bildung von 0 bis 100 – das sollte sich jede Kommune auf die Agenda setzen. Dazu gehört, dass Kitas und Schulen in Wohnortnähe vorhanden und diese auch gut ausgestattet sind. Bei der Bildung von jungen Menschen darf aber nicht das Ende sein. Volkshochschulen sowie verschiedenste Bildungsangebote in Begegnungsstätten sollten gleichfalls in den Kommunen bedacht werden.
Damit Kinder nicht nur schreiben und lesen lernen sondern auch schwimmen, müssen mehr Freibäder eröffnet statt geschlossen werden.

7. Für kulturvolle Kommunen!

Kultur gilt als weicher Standortfaktor. Daher muss in jeder Kommune für ein breites Kulturangebot

gesorgt sein. Dass muss nicht immer das große Opernhaus sein. Aber die kommunale Unterstützung des Laienspieltheaters, des Heimatvereins oder des kleinen Tanzclubs den junge Menschen aufgebaut haben, gehört unbedingt dazu.

8. Für nachhaltige Kommunen!

Jede Entscheidung in der Kommune muss unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit betrachtet werden. Sei es die lokale Energieversorgung durch erneuerbare Energien, die Bereitstellung von mehr Mitteln für energetische Sanierungen oder die Ablehnungen von Privatisierungen, weil diese für die Nutzer*innen und Kommunen am Ende immer teurer werden.

9. Für grüne Kommunen!

Umweltpolitik ist Kommunalpolitik. Ob Hochwasserschutz, Renaturierungen, die Rücknahme von Versiegelungen, die Schaffung neuer grüner Oasen, Fassadenbegrünungen – die Kommunen müssen angehalten werden, Entscheidungen so zu treffen, dass der Klimaschutz mit bedacht ist.

10. Für weltoffene Kommunen!

Migrant*innen gehören inzwischen zu jeder Kommune dazu. Und das ist gut so. Fördert es doch den Kulturaustausch. Den muss die Kommune aber durch Unterstützung von entsprechenden Angeboten absichern. Und den Migrant*innen muss auch die Möglichkeit geboten werden, sich integrieren zu können – durch Deutschkurse, Jobangebote und Teilhabe an der Kommunalpolitik.

11. Für gesunde Kommunen!

In Sachsen wurden den letzten Jahren immer mehr Krankenhäuser geschlossen. In vielen Kommunen herrscht zudem ein massiver Facharztmangel. Hier muss gesundheitspolitisch endlich eine Kehrtwende eintreten. Die Kommunen können etwas dafür tun: Die Einrichtung von Gemeinschaftspraxen und Ärztehäusern ist genauso ein Mittel wie Anreize zu schaffen, dass Medizinstudierende und Ärzt*innen sich in den Kommunen niederlassen.

12. Für wirtschaftliche starke Kommunen!

Jede Kommune braucht eine starke, breit aufgestellte wirtschaftliche Basis: Von kleinen und mittleren Handwerksunternehmen, über Start-Ups zu großen Fabriken. Dafür braucht es aber auch eine gute und nachhaltige Wirtschaftsförderung von Seiten der Gemeinde. Dies kann aber nicht nur eine geringe Gewerbesteuer sein. Dazu gehört auch das Möglichmachen von Ansiedlungen durch attraktive Gewerbeflächen, eine Unterstützung bei der Gewinnung von Fachkräften durch das Bereitstellen von Wohnraum, Kita- und Schulplätzen, Jobtickets, etc. oder die Unterstützung von Gründerinnen und Gründer bei der Errichtung ihres Unternehmens.

Mobilität - Nachhaltig von A nach B!

In Sachsen sind nur etwa die Hälfte der Einwohnerinnen und Einwohner an den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), also Bus, Straßenbahn, S-Bahn usw., angeschlossen. In vielen Ortsteilen und Gemeinden existiert mit Ausnahme des Schulbusses keine Möglichkeit, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen. Wir wollen jedoch nicht nur das **ÖPNV-Angebot** dort aufbauen, wo es noch keines gibt und dort ausbauen, wo der Bus zwar fährt, aber zu selten kommt. , Deshalb werden wir Qualitätsstandards festschreiben, sodass eine gesicherte Bedienhäufigkeit in allen unseren Kommunen gewährleistet wird. Ein guter öffentlicher Nahverkehr ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. So soll das Busliniennetz erweitert, bestehende und neue Linien regelmäßig im festen 1-Stunden- und 2-Stunden-Takt verkehren und der Umstieg zwischen den Linien und zum Bahnverkehr gesichert werden. Nur so ist der örtliche Busverkehr nicht nur für Schülerinnen und Schüler da, sondern für alle Einwohnerinnen und Einwohner attraktiv. Vorbild ist dabei das regionale Pilotprojekt „Muldental in Fahrt“, welches wir flächendeckend in ganz Sachsen etablieren möchten.
Menschen sollen unabhängig vom Geldbeutel mobil sein können – und das ökologisch. Derzeit hindern jedoch auch hohe Fahrpreise viele Menschen daran. Um Mobilität als Grundrecht garantieren zu können,

braucht es ein anderes, ein solidarisches Finanzierungskonzept. Dazu zählt zunächst einmal die landesweite Einführung von Sozialtarifen für Menschen mit wenig Geld und die Verhinderung weiterer Preissteigerungen im ÖPNV.
Langfristig brauchen wir jedoch ein komplett anderes Finanzierungssystem. Dabei kommt eine Vielzahl von Möglichkeiten in Betracht, so zum Beispiel könnte der öffentliche Nah- und Regionalverkehr komplett vom Freistaat finanziert („entgeltloser" ÖPNV) oder ein abgabenfinanziertes System („Bürger*innenticket") eingeführt werden. Die bayerische Stadt Augsburg möchte dies bereits im Jahr 2019 mit zunächst einer Gratis-Zone in der Innenstadt probieren. Das zeigt: Es geht. Alle Konzepte haben eine Gemeinsamkeit: zur erfolgreichen Umsetzung braucht es hohe Investitionen in unsere Infrastruktur, um zusätzliche Fahrgäste befördern zu können. Außerdem kann ein anderes Finanzierungsmodell nur schrittweise eingeführt werden.

Mobilität ist nicht nur Straßenverkehr. Dazu gehört auch ein ausreichendes und sicheres Netz an **Rad- und Fußwegen**. Fahrradfahren wird immer beliebter. Jahr für Jahr steigen in Sachsen mehr Menschen regelmäßig auf ihren Drahtesel und legen dabei immer längere Strecken zurück. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Radfahren ist nicht nur gesund, es ist auch vergleichsweise kostengünstig und damit für viele Menschen attraktiv. Fahrradfahren produziert weder Lärm, noch werden dadurch gesundheits- und klimaschädliche Abgase ausgestoßen, was das Leben in Dorf und Stadt angenehmer macht. Wer sein Fahrrad nutzt, ist nicht nur flexibel unterwegs, sondern auf kurzen Strecken sogar oft am schnellsten. Die für den Radverkehr notwendige Infrastruktur beansprucht nur wenig öffentlichen Raum und ist vergleichsweise günstig für die öffentliche Hand. Das Rad könnte das „Massentransportmittel Nummer 1" sein – sozial, ökologisch, kostengünstig, gesund und attraktiv.
Dazu wollen wir das Radverkehrsnetz ausbauen: Auf den Staatsstraßen soll der Anteil von Radwegen/Fahrradspuren von derzeit neun Prozent und auf den Bundesstraßen von derzeit 25 Prozent auf mindestens 50 Prozent im Jahr 2025 erhöht werden. Außerdem muss sichergestellt werden, dass es an Bahnhöfen, öffentlichen Einrichtungen und in den Zügen genügend sichere Fahrradabstellmöglichkeiten gibt.

Wir setzen uns für mehr verkehrsberuhigte Bereiche meist in Wohngebieten, zunehmend aber auch in Erschließungsstraßen und Geschäftsbereichen ein. Auch hier haben Kinder Vorfahrt und die Wohn- und Aufenthaltsqualität wird sich deutlich verbessern und durch geringe Geschwindigkeiten die Verkehrssicherheit erhöhen.

Gesundheit - für eine wohnortnahe medizinische Versorgung!

Durch den Mangel an Haus- und Fachärzten sowie die Schließung von Arztpraxen und Krankenhäusern kommt es nicht nur zu längeren Wegen und langen Wartezeiten. Die Grundversorgung im Gesundheitsbereich ist gefährdeter denn je. Der Altersdurchschnitt insbesondere der Haus-, aber auch der Kinderärzte ist überdurchschnittlich hoch. Die Suche nach einer Nachfolgerin/einem Nachfolger gestaltet sich schwierig; nicht selten muss die Praxis wegen mangelnder Angebote geschlossen werden. Nur eine gesundheitspolitische Kehrtwende kann die Situation nachhaltig verbessern. Viel Ermessensspielraum haben die Kommunen zwar nicht, den gilt es jedoch voll auszuschöpfen.

Eine besonders enge Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung, die für die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung zuständig ist, ist unerlässlich. Nur so können die Besonderheiten von Städten und Gemeinden hervorgehoben und über rein statistische Vorgaben hinaus gedacht werden. Kooperation statt Konkurrenz soll die Versorgung prägen und Patientinnen und Patienten wieder in den Mittelpunkt des Gesundheitssystems rücken. In Abstimmung mit den Kommunen und mit Augenmerk auf Infrastruktur, Erreichbarkeit und Sinnhaftigkeit sollten Ansiedlungen von Ärztinnen und Ärzten angestrebt werden. Auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann jede Gemeinde oder Stadt Einfluss nehmen, denn diese Faktoren sind entscheidender denn je für die Entscheidung eines Arztes, sich in einer Gemeinde oder Stadt niederzulassen.

Die Erarbeitung von Konzepten zur Sicherstellung der wohnortnahen medizinischen Versorgung, deren Grundlage eine stadteilbezogene Analyse bzw. bezogen auf einzelne Gemeinde der haus- und fachärztlichen Versorgung sowie der allgemeinen medizinischen Versorgung vornimmt, kann weitere Bedarfe ermitteln. Dabei sollen weitere Bereiche der Gesundheitsversorgung einbezogen werden, also Physiotherapie, Psychotherapie, andere Heilberufe sowie die pflegerische Versorgung, um eine an der Kommune orientierte Bedarfsplanung vornehmen zu können.

Die Schaffung von Gemeinschaftspraxen und Ärztehäusern sowie die Gründung und Betreibung kommunaler Versorgungszentren muss noch besser unterstützt werden. Nicht nur auf dem Land sollen **Polikliniken** mittelfristig zu einem Rückgrat der ambulanten Versorgung werden. Die Unterstützung bei Gründung eines Weiterbildungsverbundes Allgemeinmedizin, wie es ihn in einigen Regionen schon gibt, ist unerlässlich. Er flankiert Ärztinnen und Ärzte während ihrer langjährigen Weiterbildung. Die Zusammenarbeit sächsischer Kliniken außerhalb der Universitätskliniken mit den medizinischen Fakultäten kann Studentinnen und Studenten an die Region binden.

Vor allem die unterversorgte ländliche Region braucht Lösungen zur möglichst wohnortnahen Versorgung und Betreuung. So kann ein gefördertes **Gemeindeschwesternprogramm „Schwester Agnes“** durch die Übernahme nichtärztlicher Tätigkeiten Ärztinnen und Ärzte entlasten. Auch fahrende, gut ausgestattete Praxen bringen das Angebot zu den Menschen hin. Umgekehrt kann ein Shuttle-Service den Anfahrtsweg für Patientinnen und Patienten eines Dorfes übernehmen, vor allem, wenn der ÖPNV nicht ausreichend sichergestellt oder die Mobilität der Patientinnen und Patienten eingeschränkt ist.

Den Verkauf von weiteren Krankenhäusern in Landes- und kommunalem Eigentum muss abgelehnt werden. Die weitere duale Finanzierung der Krankenhäuser ist durch eine höhere Investitionspauschale des Landes zu sichern. Krankenhäuser müssen sich, besonders im ländlichen Raum als Zentren der medizinischen Versorgung etablieren und nicht mehr vorhandene ambulante Angebote ersetzen. Die müssen vor allem die Notfallversorgung garantieren und brauchen eine angemessene finanzielle Ausstattung.

Außerdem bekämpfen wir den Pflegenotstand unter anderem durch die Schaffung kommunaler Pflegeeinrichtungen. Wir setzen uns zusätzlich für die Verbesserung der Personalausstattung in den Krankenhäusern, SeniorInnen- und Pflegeheimen ein. Für Pflegedienste und dessen Mitarbeiter setzen wird uns für Ausnahmegenehmigung und Parkerleichterungen ein.

<u>Kommunalfinanzen: Gewerbesteuer abschaffen!</u>

Stadtteilbibliotheken werden geschlossen, Theatertüren und Bürgerhäuser verrammelt oder Kapazitäten in Jugendeinrichtungen gestrichen. Die Meldungen über klamme Kassen vieler Städte, Landkreise und Gemeinden reißen nicht ab. Gemeinderäte und Bürgermeister schlagen seit Jahren Alarm. Die Kommunen müssen, gerade in ländlichen Räumen, immer mehr Aufgaben übernehmen, ohne die dafür notwendigen Mittel zu bekommen. Die Folge ist, dass an anderer Stelle gespart werden muss. Dabei sprechen wir zunächst nur von den laufenden Ausgaben. Hinzu kommt ein erheblicher Investitionsrückstand, der von der Kreditanstalt für Wiederaufbau auf 126 Milliarden Euro im Jahr 2017 beziffert wird.

Kurzum: Ohne eine radikale Wende in der Finanzierung von Ländern und Kommunen, wird ein weiterer und einschneidender Abbau der öffentlichen Daseinsvorsorge erfolgen, sich die Lebensbedingungen der Menschen weiter verschlechtern. Wir setzen uns für eine „Offensive für Kommunen“ ein, die kurzfristig zusätzlichen finanziellen Spielraum an die Kommunen gibt und langfristig die gesamte Finanzierung der Kommunen auf solidere Füße stellt.

Ein wesentlicher Ansatzpunkt dazu ist die Gewerbesteuer. Um einen schnellen Effekt zu erreichen, muss die Gewerbesteuerumlage sofort abgeschafft werden. Dadurch bliebe mehr Geld in den Kommunen. Im nächsten Schritt sollte die gesamte Gewerbesteuer in ihrer jetzigen Form abgeschafft und durch eine Gemeindewirtschaftssteuer ersetzt werden. Die bezieht sämtliche Selbstständige in einem Gemeindegebiet, also auch Anwälte und Anwältinnen oder Ärzte und Ärztinnen, in die Erhebung ein. Dadurch erhöht sich insgesamt das Steueraufkommen in den Kommunen und die teils gravierenden Unterschiede zwischen den Gemeinden werden geringer. Die Abwanderung beispielsweise von Ärzten wird dadurch nicht gefördert: Selbstständige können die Abgaben bei ihrer Einkommenssteuer geltend machen. Unterm Strich ändert sich also für Gewerbetreibende nichts, aber den Kommunen wird mehr finanzieller Handlungsspielraum gegeben und ihre Einnahmen sind besser planbar.

Ein weiterer wichtiger Hebel ist die Vereinfachung von Fördermittelvergaben, deren bürokratischer Aufwand viele Verwaltungen zur Verzweiflung treibt und Kapazitäten binden, die an anderen Stellen fehlen. Auf der Gemeindeebene werden über die Hälfte aller öffentlichen Investitionen getätigt und trotzdem sind die Entscheidungsträger vor Ort davon abhängig, dass zufällig gefördert wird, was sie benötigen. Dieser Zustand sollte ein Ende finden. Mittel für öffentliche Investitionen sollten direkt an die

Kommunen ausgezahlt und vor Ort für die Dinge verwendet werden, die im jeweiligen Ort für die Bürgerinnen und Bürger gerade wichtig sind. Die VertreterInnen der Kommunen wissen am besten, welche Investitionen gemacht werden müssen. Deshalb müssen wir sie in die Lage versetzen, eigenständige Entscheidungen zu treffen.